



Foto: Robert Newald

Förderl-Schmid bei einer „Europa im Diskurs“-Debatte im Burgtheater, die sie initiierte und moderierte.

# Herausgeberin Förderl-Schmid verlässt den STANDARD

Zehn Jahre war sie Chefredakteurin, fünf zudem Co-Herausgeberin: Alexandra Förderl-Schmid kündigte Dienstag ihren Abschied vom STANDARD mit Ende August an. Bis dahin soll laut Vorstand des Medienhauses die Nachfolge geklärt sein.

Wien – Wartet Alexander Mitteräcker im gläsernen Konferenzraum vor dem STANDARD-Newsroom auf die Ressortleitersitzung, geht es um strategische Erklärungen. Oder um wesentliche Personalien. Dienstag um 11.30 Uhr saß der Alleinvorstand der Standard Medien AG im sogenannten Aquarium vor den Ressortchefinnen und -chefs. Links neben ihm erklärte Herausgeberin Alexandra Förderl-Schmid ihren Abschied.

Förderl-Schmids zweiter Fünfjahresvertrag als Chefredakteurin läuft mit Ende Juni aus. Sie erklärt, sie habe sich entschlossen, ihn nicht zu verlängern. Eine Aussendung zitiert sie mit: „Ich freue mich, dass ich den STANDARD fast drei Jahrzehnte lang mitgestalten konnte, ich werde mich neuen journalistischen Herausforderungen stellen.“ Weder sie noch Mitteräcker erklärten auf Nachfragen Hintergründe der Entscheidung,

Mitteräcker sagte auf Anfrage, an strikter Trennung von Redaktion und Werbung und kritischer Berichterstattung werde sich durch einen Wechsel an der Redaktionspitze nichts ändern. Das gehöre zum genetischen Code des Mediums. Die Nachfolge würde in den nächsten Monaten geklärt. Förderl-Schmid erklärte sich bereit, den STANDARD als Chefredakteurin bis Ende August zu leiten.

## Stabil bis steigend

Förderl-Schmid (46) arbeitet seit 1990 für den STANDARD. Zunächst in der Oberösterreich-Redaktion, ab 1993 als Korrespondentin in Berlin und später Brüssel, auch Sonderkorrespondentin in Krisengebieten. Ab 2006 leitete sie das Wirtschaftsressort. Seit 2007 ist Förderl-Schmid erste Chefredakteurin einer österreichischen Tageszeitung. Seit 2012 ist sie auch Co-Herausgeberin neben Gründer

Oscar Bronner. Sie erhielt 2012 den Kurt-Vorhofer-Preis für politischen Printjournalismus und wurde ins Board des Reuters Institute for the Study of Journalism in Oxford berufen.

Bronners Familien-Privatstiftung hält 85,6 Prozent an der Standard Medien AG, Bronner 12,6, einige Mitarbeiter 1,8. Die Aussendung zitierte Bronner, er bedauere Förderl-Schmids Entscheidung, danke für hervorragende Zusammenarbeit und wünsche ihr alles Gute für die Zukunft.

Mitteräcker dankte „für langjährige, ausgezeichnete Zusammenarbeit, Engagement und den Beitrag zur Entwicklung unseres Mediums“. Die Zusammenlegung der Print- und Onlineredaktionen 2013 habe „die vergangenen Jahre geprägt“. Jetzt sei „ein gutes Moment, diese Position zu übergeben“, wird Mitteräcker zitiert: „DER STANDARD ist auf gutem Kurs.“ „Das Printprodukt“ sei „in der Entwicklung stabil“, Online würde „kontinuierlich steigend“ genutzt.

Engagements und Investments der Standard Medien AG der vergangenen Monate zeigen einen Fokus auf digitale Aktivitäten und Geschäftsfelder. (fid)

HANS RAUSCHER

## Wie rechtsautoritär ist Sebastian Kurz?



Sebastian Kurz kann Politik. Jedenfalls Politik-Politik. Seine Übernahme der ÖVP und das vorläufige

Ausmanövrieren der SPÖ (Kanzler inklusive) in Sachen vorzeitige Wahlen hat er so durchgezogen. Bei alledem gelingt es ihm, einen grundvernünftig klingenden Ton anzuschlagen.

Aber was ist die Substanz von Sebastian Kurz?

Was würde er als Kanzler tun? Sähe die österreichische Demokratie unter einem Kanzler Kurz anders aus? Oder, um es klar herauszusagen – wäre unter Kurz die Einrichtung einer „illiberalen Demokratie“ nach osteuropäischem Vorbild zu befürchten? Einer Demokratie, in der zwar gewählt wird, aber kritische Medien, die Opposition, die unabhängigen Gerichte und andere Institutionen nichts mehr zu sagen haben. Keine harte Diktatur, aber doch ein autoritäres Regime, wie in Polen, Ungarn? Diese Befürchtungen wurden nach der Machtübernahme von Kurz in der ÖVP von manchen ernst zu nehmenden Leuten geäußert, von anderen, ebenso ernst zu nehmenden, sofort und heftig niedergemacht.

Sehen wir uns die bisherige Evidenz an: Kurz hat mehrfach Verständnis für die autoritären Herrscher in EU-Osteuropa geäußert, also vor allem Jarosław Kaczyński in Polen und Viktor Orbán in Ungarn. Dies im Konnex mit deren heftiger Ablehnung der Flüchtlinge, die Kurz teilt. Allerdings: Er hat auch keine Kritik an der Aushöhlung der Demokratie und Feindschaft zu den Werten der EU geäußert, wie sie Orbán und Kaczyński betreiben. Er meinte sogar ausdrücklich, man müsse mit der „Einteilung in Gut und Böse“ und mit der Haltung der moralischen Überlegenheit denen gegenüber aufhören. Als Orbán über die Todesstra-

fe laut nachdachte, war Kurz allerdings auf Twitter dagegen.

Beim Flüchtlingsthema setzte Kurz von Anfang an auf Abschottung und harte Maßnahmen. Man kann bei seiner Sorge um unkontrollierte Masseneinwanderung ein Stück mitgehen, was aber offenbleibt, ist a) wie er das alles praktisch umsetzen will und b) wo bei alledem seine Empathie bleibt. „NGO-Wahnsinn“ klingt nicht wahnsinnig empathisch.

In der grundsätzlichen Haltung zur EU ist er anscheinend kein „klassischer Europäer“ (wie Angela Merkel oder Emmanuel Macron). Neben einer Beschneidung der Kompetenzen von „Brüssel“ will er, dass sich die EU viel mehr zu einer „Sicherheits- und Verteidigungsunion“ entwickelt. Das ist sie auch, aber zugleich auch eine Wertegemeinschaft. Das hört man nicht so oft bei Kurz.

Koalitionsmäßig würde er wohl mit der FPÖ gehen, gegen die er keine ernsthaften Bedenken hat. Denkbar, dass er deren problematischen Ideen für ständige Volksabstimmungen entgegenkommt. Das wäre ein Wechsel zur Plebiszit-Demokratie.

Seine Sozial- und Wirtschaftspolitik ist nahezu unbekannt, allerdings eher wirtschaftsliberal, was kein Schaden wäre.

In Sachen Integration ist es auch so, dass man mit seinem Kurs ein gutes Stück mitgehen kann. Die Tendenzen zu einer islamischen Parallelgesellschaft mit starkem Erdogan-Einfluss auf die türkische Community sind objektiv beunruhigend. Kurz konzentriert sich allerdings eher auf restriktive Maßnahmen, aktives Fördern von Integration ist weniger spürbar.

Fazit: Man kann Kurz als modernen Konservativen sehen, der durchaus verkrustete Strukturen aufbrechen will; der sich aber nicht deutlich von autoritären Versuchen und Verbündeten abgrenzt. Ein Rest bleibt offen. [hans.rauscher@derStandard.at](mailto:hans.rauscher@derStandard.at)